

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29.03.2011**

Sitzung Nr. 3 Ö am Dienstag, 29. März 2011

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde

Gemeinderäte:	Geider Adolf	Köck Siegfried
	Götzmann Walter	Pfleiderer Susanne
	Haffner Gerhard	Rehorst Tobias
	Dr. Hanke Paul	Rössler Beate
	Hecker Roland	Runde Anneliese
	Heger Roman	Schell Achim
	Heger Rudi	Speckert Benjamin
	Heim Andrea	Speckert Ferdinand
	Herling Michael	Stegmüller Reino
	Ittensohn Karl	Vetter Theo
	Klemenz Birgit	Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Werner Kleiber, Harry Zorn, Sebastian Thome, Peter Dietz (bis 22.15 Uhr), Anette Reich (19.55-22.15 Uhr), Simone Heger (bis 20 Uhr).

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 23.20 Uhr

Die Sitzung wird von der Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 17.03.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 22 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Bürgermeister Alexander Eger

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergeht nachträglicher Glückwunsch zu den Geburtstagen von Gemeinderätin Andrea Heim und Gemeinderat Siegfried Köck.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde, dass der Tagesordnungspunkt 16 von der Tagesordnung abgesetzt werden muss, weil bei der Verwaltung eine E-Mail eingegangen ist, in der die Änderung des Verteilerschlüssels angekündigt wurde. Der Tagesordnungspunkt wird an einem anderen Termin behandelt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragen die Fraktionssprecher Ferdinand Speckert, Gerhard Haffner und Karl Ittensohn den Tagesordnungspunkt 17, Verbesserung Buslinie 719, vorzuziehen, um die Behandlung und Entscheidung zu sichern.

Der Gemeinderat stimmt diesen Anträgen, den Tagesordnungspunkt 17 als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln, zu.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 22. Februar 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 22. Februar 2011	

Ausführungen und Beschluss: Bürgermeister-Stellvertreterin Runde gibt die in der Sitzung am 22. 02. 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

-Vergabe von Baugrundstücken

-Angebote zum Erwerb von Ackergrundstücken

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Gemeinderäte Birgit Klemenz und Siegfried Köck als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	

Ausführungen und Beschluss: Herr **Horst Simon**, Birkenweg 14, wendet sich an die Gemeinderäte und bittet darum, bei der wegen der Verlegung der 110 kV- Trasse anstehenden Entscheidung fair und gerecht zu entscheiden, den Gleichbehandlungsgrundsatz zu beachten und Ortsteildenken auszuschalten.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 17

Verbesserung Buslinie 719 (St. Leon-Rot-Bahnhof Rot/Malsch)

Ausführungen und Beschluss: **Hauptamtsleiter Braun** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Der Redebeitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Runde! Wir, die Fraktion der Freien Wähler, haben diesen Antrag bereits im November 2009 gestellt. Laut unserer Geschäftsordnung muss ein Antrag spätestens bei der übernächsten Gemeinderatssitzung behandelt werden. Scheinbar gilt bei Anträgen der Freien Wähler von Seiten der Verwaltung das Sprichwort: „Gut Ding braucht Weile“. Seit der Einführung der S-Bahnen im Rhein-Neckar-Kreis im Dezember 2000 haben die S-Bahnen für uns betrachtet einen phänomenalen Fahrgastzuwachs erfahren dürfen. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich, aber die in unseren Augen unzureichende Andienungen der S-Bahn mit den Bussen ist eine Tatsache, die unbedingt geändert bzw. verbessert werden muss. Berufstätige, Schüler, Studenten, die täglich die S-Bahn nutzen, warten seit langem dringend auf die Umstellung auf den Halbstundentakt. Die Anrainer über der B 3 haben bereits seit, ich glaube, drei Jahren auf den Halbstundentakt umgestellt. Hier beteiligen wir uns auch an den Kosten, die allerdings im Gegensatz zu unseren, die bei unserer Halbstundentaktverdichtung auftreten, sehr gering sind. Auch wenn der Betrag, den wir bei uns aufbringen müssen, wie es der Herr Braun vorgestellt hat, sehr hoch ist, schaffen wir doch ein Stück Mobilität und Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger. Es freut uns, dass es der Verwaltung gelungen ist, mit der Einführung bzw. der Taktverdichtung den St. Leoner See und den Bahnhof in Neulußheim im Stundentakt mit anzudienen. Durch diese Erweiterung wird auch der Weg nach Karlsruhe und Mannheim kürzer und besser. Wir bitten, um die Unterstützung unseres Antrages bei allen Fraktionen, und ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll. Vielen Dank! **Gemeinderat Dr. Paul Hanke** weist darauf hin, dass es richtig ist, die Buslinie auf die Anbindungen nach Mannheim auszurichten. Für die Verstärkung der Buslinie 719 sei Bedarf, weil die bisherigen Busse sehr gut ausgelastet sind. Ein weiteres Indiz dafür sei, dass die Parkplätze am Bahnhof Rot/Malsch total ausgelastet sind. **Gemeinderat Walter Götzmann** bedauert ebenfalls, dass der Antrag erst in der heutigen Sitzung behandelt werden kann. Es sei positiv für die Pendler, dass die Linie verbessert werde. Er stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. **Gemeinderat Rudi Heger** begrüßt die Verbesserung der Linie grundsätzlich und erwähnt, dass sich deren Verstärkung vor allem vormittags und nachmittags auswirke. Weiter sei zu begrüßen, dass der St. Leoner See und der Bahnhof Neulußheim angebunden werden. Er regt wegen der Kostensteigerung beim Treibstoff an, den Angebotspreis bis zu Ende der Laufzeit des Linienbündels im Jahre 2015 zu deckeln, um Preissteigerungen seitens des Anbieters zu unterbinden. **Gemeinderätin Andrea Heim** begrüßt die Verbesserung der Verbindung zum St. Leoner See und zum Bahnhof Neulußheim. Mit der verbesserten Linie und den steigenden Benzinpreisen könnten einige dazu bewegt werden, auf den ÖPNV umzusteigen. **Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde** stellt den Beschlussvorschlag laut Vorlage ergänzt um die Deckelung hinsichtlich des Betrages bis 2015 zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Gemeindeverwaltung beauftragt die Firma Werner mit der Taktverdichtung der Linie 719 gemäß Angebot vom 5.7.2010 mit der Maßgabe, dass statt der zusätzlichen Fahrten die bisherigen zur Erholungsanlage St. Leoner See und dem Bahnhof Neulußheim geführt werden. Der Preis des Angebots in Höhe von 243.747 € verändert sich dadurch nicht.

Der Betrag ist bis zur Neuausschreibung des Linienbündels zu deckeln.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

Flurbereinigung St. Leon-Rot (L546)

Hier: Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan Übernahme der gemeinschaftlichen Anlagen der Teilnehmergeinschaft und der öffentlichen Anlagen der Gemeinde sowie Pflegeplan der landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen zu diesen Anlagen

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde begrüßt Herrn Kremer vom Flurbereinigungsamt, der für Fragen zur Verfügung steht.

Die Gemeinderäte Karl Ittensohn, Benjamin Speckert, Andrea Heim und Rudi Heger stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu. In den Stellungnahmen kommt die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Wege- und Gewässerplan bald beschlossen und umgesetzt werden kann. In den Stellungnahmen kommt auch der Dank an die Vorstandschaft der Flurbereinigung zum Ausdruck.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Dem Pflegeplan (Grobplan) wird zugestimmt.**
2. **Die Gemeinde stimmt zu, dass ihr die später im Flurbereinigungsplan auf dem Gemeindegebiet**

ausgewiesenen gemeinschaftlichen Anlagen (insbesondere Wassergräben, Rohrleitungen, Entwässerungseinrichtungen und Anlagen, die dem Boden-, Klima- und Naturschutz sowie der Landschaftspflege dienen) sowie die öffentlichen Anlagen des Ökokontos, des Radwegs entlang der L 628 und des Erdwalls zu Eigentum zugeteilt werden. Die Gemeinde übernimmt die Verkehrssicherungspflicht und die Pflicht zur Unterhaltung der gemeinschaftlichen und der genannten öffentlichen Anlagen mit deren Übergabe. Als Übergabe gilt die Abnahme der Anlagen, an der die Gemeinde zu beteiligen ist.

**Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö
Forstbetriebsplan 2011**

Tagesordnungspunkt: 5

Ausführungen und Beschluss:

Nach einführenden Worten von **Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde** hält **Revierleiter Robert Lang** Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er erwähnt, dass in den nächsten 10 Jahren etwa 2530 ha des Gemeindewaldes verjüngt werden. Er weist darauf hin, dass die diesjährigen Durchforstungen vor allem im Roter Wald erfolgen werden. Bei der Bepflanzung werden in diesem Jahr Ausfälle ausgeglichen, z.B. beim Schützenhaus. Weiter werden Pflegemaßnahmen durchgeführt, um die Verjüngungen zu fördern. Zu den Finanzen erwähnt er, dass der Verlust gering bleibe, weil erhöhte Erlöse gegenüber stehen.

In seiner Stellungnahme weist **Gemeinderat Siegfried Köck** darauf hin, dass im Bereich Wald weiterhin Investitionen für künftige Generationen erforderlich werden. Erfreulich ist der Zustand der Waldwege, die in Ordnung sind. Auch die Verbindung zur Heidelberger Druckmaschinen AG wurde verbessert. Er dankt dem Revierleiter für seine Arbeit.

Die Gemeinderäte Walter Götzmann, Dr. Paul Hanke, Rudi Heger und Beate Rössler stimmen im Namen ihrer Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu. Die Fragen der Gemeinderäte nach der Versorgung der Bevölkerung mit Holz, dem Umfang des Holzeinschlags, dem Wildbestand in den Wäldern und nach den Preisen der Holzabgabe werden von Revierleiter Robert Lang umfassend beantwortet.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Forstbetriebsplan 2011 zu.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 6

Übertragung von Haushaltsmitteln des Verwaltungshaushaltes 2010

Ausführungen und Beschluss:

Kämmereileiter Zorn hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und verweist auf die zur Sitzung ausgeteilte neue Auflistung der zu übertragenden Haushaltsmittel.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Übertragung von Mitteln des Verwaltungshaushaltes 2010 für die in der beigefügten Anlage aufgeführten Maßnahmen in der erforderlichen Höhe zu.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

Deckensanierung St. Leon 2011 Hier: Beteiligung des Eigenbetrieb Wasserversorgung

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Nach zustimmenden Äußerungen der Gemeinderäte **Karl Ittensohn, Andrea Heim** und **Gerhard Haffner** beantwortet **Bauamtsleiter Kleiber** die gestellten Fragen nach den Gesamtkosten der vorgesehenen Deckensanierungen und führt die in den Ortsteilen vorgesehenen Maßnahmen auf.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Der Eigenbetrieb Wasserversorgung wird ermächtigt, sich mit an der öffentlichen Ausschreibung für die Deckensanierung zu beteiligen.**
2. **Die erforderlichen Deckungsmittel in Höhe von ca. 160.000 € werden überplanmäßig genehmigt.**

**Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö
Gewerbebeschau 2011**

Tagesordnungspunkt: 8

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die Gemeinderäte **Theo Vetter, Ferdinand Speckert, Michael Herling, Gerhard Haffner** und **Beate Rössler** äußern sich in ihren Stellungnahmen, dass die von der Gemeinde bereits gewährte Forderung in Höhe von 1.600 € als ausreichend betrachtet wird. Da die dann aufgelisteten Leistungen von anderen Organisationen ebenfalls zu bezahlen sind, wird die Übernahme durch die Gemeinde abgelehnt.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

Der Gemeinderat lehnt es einstimmig ab, den Gewerbeverein über die bereits gewährten 1.600 € hinaus bei den beantragten Sachleistungen zu unterstützen.

Ausführungen und Beschluss:

Eigenbetriebsleiter Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst stimmt für seine Fraktion dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zu, erinnert aber daran, dass seine Fraktion im Vorfeld gewünscht habe, die bei Beschlusspunkt 5 festzulegenden Bezugsentgelte zu präzisieren. Weiter wird angeregt, zwischen den örtlichen staatlichen und den auswärtigen staatlichen Schulen durch entsprechende Anpassung zu unterscheiden.

Eigenbetriebsleiter Braun erklärt, dass die örtlichen staatlichen Schulen und die Privatschule gleich behandelt werden sollten und ein Eintrittspreis je Schüler von 1,70 € festgelegt werden sollte. Für die auswärtigen Schulen sollte ein Entgelt von 1,80 € je Kind angesetzt werden. Bei den Schwimmschulen wird ein Stundensatz von 25 € zuzüglich MwSt. festgesetzt. Für alle anderen Nutzer soll der tatsächlich ermittelte Stundensatz von 43 € zuzüglich MwSt. erhoben werden.

Gemeinderat Achim Schell sieht die vorgeschlagenen Eintrittspreise als angemessen an, besonders sei der Familientarif zu begrüßen. Er bittet darum, die Bevölkerung rechtzeitig vor der Eröffnung des Hallenbades über Preise und Öffnungszeiten zu informieren.

Auf die entsprechende Frage von **Gemeinderat Achim Schell** informiert **Ortsbaumeister Dietz** über den derzeitigen Stand des Baus des Hallenbades. Die durch den harten Winter verursachte zeitliche Verzögerung kann wohl aufgeholt werden, so dass nach wie vor davon ausgegangen wird, dass die Eröffnung des neuen Hallenbades zum Jahreswechsel stattfinden kann. Anhand der Hinweise bei den einzelnen Gewerken wird der derzeitige Ausbaustand dargestellt.

Gemeinderat Rudi Heger regt an, die Inhaber von Familienpässen zu berücksichtigen und dies in den Beschluss aufzunehmen.

Eigenbetriebsleiter Braun erklärt, dass die Inhaber von Familienpässen bei deren Ausgabe gefragt werden, ob sie Karten für den St. Leoner See oder das Hallenbad haben möchten.

Gemeinderätin Andrea Heim äußert Zustimmung zu den Preisen und fragt, wie die Schülerinnen und Schüler zum Hallenbad befördert werden.

Eigenbetriebsleiter Braun berichtet, dass die Verwaltung Kontakt zum Landratsamt, dem Träger der Schülerbeförderung, aufgenommen habe, um Unterstützung zu erhalten. Das Landratsamt habe darauf hingewiesen, dass der in St. Leon-Rot verkehrende ÖPNV ihrer Meinung nach geeignet sein muss, die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zu übernehmen. Daraufhin sei mit den Rektoren Kontakt aufgenommen worden und diese wurden gebeten, anhand der Fahrpläne für die in St. Leon-Rot verkehrenden Busse inklusive Erweiterung der Linie 719 zu prüfen, ob dies für die Beförderung der Kinder zum Schwimmunterricht ausreicht. Außerdem wurde darum gebeten, den Schwimmunterricht auf die Vormittagsstunden zu konzentrieren. Sollte es bei der Beförderung der Kinder Probleme geben, werde eine eigenständige Buslinie für die Beförderung zwischen den Schulen und dem Hallenbad eingerichtet werden.

Gemeinderätin Andrea Heim weist auf eigene Erfahrung darauf hin, dass durch die Benutzung des ÖPNV die Schwimmzeit wegen Anziehen, Fönen und Gang zum Bus eingeengt werde.

Eigenbetriebsleiter Braun weist darauf hin, dass sich die Verwaltung deswegen an die Rektoren gewandt habe, weil die aus der Praxis heraus Erfahrungen einbringen können. Er weist darauf hin, dass die Werkrealschüler aus dem jeweils anderen Ortsteil die Schule mittels ÖPNV erreichen.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Ferdinand Speckert**: wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Also Herr Braun, Ihren Ausführungen, was die Verkehrssituation angeht, kann ich nicht so ganz folgen. Bei der ursprünglichen Beratung, wo es drum ging, hier ein zentrales Schwimmbad zu bauen oder die Sanierung der zwei lokalen Hallenbäder, war das ein sehr wichtiger Punkt. Und ich meine mich erinnern zu können, dass es außer Frage war, dass die Beförderung seitens der Kommune, der Gemeinde, gewährleistet wird. Wenn ich heute zur Kenntnis nehmen muss, dass man das als Selbstverständlichkeit ansieht, dass das öffentlich rechtlich hier über den Rhein-Neckar-Kreis geht, also da stellen sich mir die Nackenhaare. So war das nicht. Und da bitte ich auch entsprechend das ins Wortprotokoll aufzunehmen. Die damalige Zustimmung lief unter der Prämisse, dass hier keine zusätzlichen Beförderungshemmnisse entstehen. Des Weiteren haben wir damals auch das Schwimmbad abgedeckt. Dass das Schwimmbad dann in Dimensionen hineingerutscht ist hier, will ich heute Abend das Fass nicht mehr öffnen, aber das hat natürlich die Gesamtkalkulation hier, was dann auch die Preise angeht, ad absurdum geführt. Und deswegen werden wir uns auch in der Sache hier enthalten. Also ich stelle hier fest, dass Dinge heute Abend hier fixiert werden, die bei der Eröffnungs- und Investitionsentscheidung damals ein ganz anderes Umfeld hatten. Und ich bedauere das, dass man das jetzt mittlerweile so handelt, um dann später nachzubessern. Also das ist für mich, muss ich sagen, schade. Sag ich da nur. Danke!

Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Die Eintrittspreise für die künftigen Nutzer des Hallenbades werden wie folgt festgelegt:

Erwachsene	Einzelkarte	3,00 €	
	10er Mehrfachkarte (MFK)	27,00 €	- 10 %
	20er Mehrfachkarte (MFK)	51,00 €	- 15 %

Ermäßigte	(Kinder/Jugendliche 7. -18. Lebensjahr, Berufsschul- + Schulausbildung, Rentner mit Ausweis, Schwerbehinderte)		
	Einzelkarte	2,00 €	
	10er Mehrfachkarte (MFK)	18,00 €	- 10 %
	20er Mehrfachkarte (MFK)	34,00 €	- 15 %
Familien	Einzelkarte	6,50 €	
	10er Mehrfachkarte (MFK)	58,50 €	- 10 %
	20er Mehrfachkarte (MFK)	110,50 €	- 15 %

Preise inkl. gesetzliche MwSt.

Der Mietpreis je Stunde wird auf 25 € zuzüglich gesetzliche MwSt. festgelegt.

2. Für den Schwimmunterricht der staatlichen Schulen in Trägerschaft der Gemeinde wird der niedrigste Eintritt der Besuchergruppe Ermäßigte als Basis angesetzt. Die Nutzung durch die Schulen ist auf die Vormittage zu konzentrieren.
3. Die Trainingseinheiten der örtlichen Wassersportvereine sind nach dem bei Beschlusspunkt 2 festgelegten Stundensatz abzurechnen. Eine evtl. damit verbundene zusätzliche Belastung der Wassersportvereine wird über die Vereinsförderung ausgeglichen.
4. Für die Nutzung durch örtliche Privatschulen wird ein Satz von 1,70 € je Kind festgesetzt. Auswärtige Schulen haben ein Entgelt von 1,80 € je Kind zu entrichten.
5. Die Belegung durch andere Nutzer wird nach den tatsächlichen Stundensätzen (GR-Vorlage „Festlegung der Eintrittspreise für das Hallenbad, Anlage 4 Betriebszeit B Durchschnitt) abgerechnet.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 10

Betriebskonzept und Abdeckung Defizit des Hallenbades

Ausführungen und Beschluss:

Eigenbetriebsleiter Braun hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die **Gemeinderäte Tobias Rehorst** und **Achim Schell** stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu und begrüßen die Überprüfung des Konzeptes nach 2 Jahren.

Gemeinderat Schell regt an, den Gemeinderat über die Kostenentwicklung im Betrieb des neuen Hallenbades zeitnah zu informieren.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Ferdinand Speckert** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Ja, ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll! Wir haben ja hier, was die Investitionen angeht, unsere Skepsis in den letzten Monaten zum Ausdruck gebracht. Die sind leider bestätigt worden. Deswegen weisen wir darauf hin, dass nach unserer Meinung die von Ihnen skizzierten Verluste von 640.000 € folgende, wahrscheinlich nicht zu halten sind und doch eine Dauerbelastung im Verwaltungshaushalt darstellen. Diese Belastung führt automatisch zu Einengungen in anderen Positionen, Vereine, Schulen, sozialer Bereich. Es ist halt ein Finanzloch, das eben zu stemmen ist. Wir erkennen jedenfalls bei dem derzeitigen Konzept der ich sag jetzt mal eingeschränkten Öffnungszeiten, ein Mangel in der Form, dass wir hier kein Umsatz reinbekommen. Somit die veranschlagten Einnahmen irgendwo sich nicht bestätigen und dadurch höhere Verluste entstehen. Wir regen daher an, jetzt schon im Vorgriff hier über Marketingmaßnahmen nachzudenken, um einfach offensiv dieses Bad, wenn wir es schon in der Form haben, besser zu verkaufen. Des Weiteren halten wir es nicht für zweckmäßig, vergleichend hier zu normaler Betriebsführung, dass man nach 2 Jahren hier mal eine Revision, bzw. darüber nachdenkt, dann die Verluste einzufangen. Wir halten es für zweckmäßig, dass der Gemeinderat über die Einnahme- und Kostensituation immer quartalsmäßig informiert wird und er Einfluss nehmen kann auf die Betriebsführung, dass man hier diese Verluste entsprechend kanalisiert. Wir halten es für äußerst wichtig und deswegen können wir in der Form heute von unserer Seite her, CDU/ Junge Liste Rot, keine Zustimmung erteilen. Danke!

Gemeinderätin Andrea Heim stimmt für ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Sie findet die Berichterstattung an den Gemeinderat zweckmäßig, spricht sich aber gegen den zu kurzen Rhythmus aus.

Gemeinderat Roland Hecker erklärt, dass sich die Kostensteigerungen beim Hallenbad durch zusätzliche Forderungen ergeben haben. Er signalisiert die Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag und wunsche eine Kostenübersicht innerhalb eines Quartals, wobei aussagekräftige Zahlen erst nach einem Jahr zu erhalten sind.

Gemeinderat Siegfried Köck erinnert daran, dass sich seine Fraktion für die dezentrale Lösung beim Schwimmbad ausgesprochen hatte, wobei geäußert worden war, dass die Kosten des neuen Bades nicht über denen der dezentralen Lösung liege. Trotz der Kostenerhöhung werde seine Fraktion die Entscheidung mittragen. Auch er sei der Meinung, dass Quartalszahlen vorgelegt werden und eventuell die Prüfung des Betriebskonzeptes nach einem Jahr erfolgen sollte. Auch Marketingaktivitäten seien von Nöten. Er führt weiter aus, dass verlängerte Öffnungszeiten höhere Personalkosten verursachen.

Gemeinderat Gerhard Haffner erinnert daran, dass an den Kostensteigerungen fast jede Fraktion durch entsprechende Forderungen beteiligt war.

Eigenbetriebsleiter Braun weist darauf hin, dass die quartalsmäßigen Zahlen wenig aussagekräftig sind, weil oft alle Buchungen nicht erfolgt sind. Außerdem könne der Eigenbetriebsleiter reagieren.

Gemeinderat Achim Schell sieht den Bedarf, das Bad zu eröffnen, die Badezeiten bekannt zu geben und den Betrieb abzuwarten. Auch die Einwohner müssten die Möglichkeit haben, das Bad zu besuchen und sich an das Bad gewöhnen.

Gemeinderat Rudi Heger erinnert daran, dass seine Fraktion nicht mit Forderungen an den Kostensteigerungen beteiligt war. Festzuhalten sei, dass das Hallenbad gebaut und in Betrieb gehen wird. Man sollte abwarten, wie es genutzt werden wird.

Der Gemeinderat fasst mit 17 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

1. Die Betriebsleitung wird beauftragt, die Stellen für die Mitarbeiter/innen des Hallenbades
 - für die Wasser- / Betriebsaufsicht auszuschreiben; die Einstellung soll zu Beginn des letzten Quartals 2011 erfolgen;
 - für Kasse und Reinigungsdienst auszuschreiben; die Einstellung ist Ende 2011 vorgesehen.
2. Die für die beiden Schwimmhallen bestehenden Arbeits- und Vertragsverhältnisse sind zum Ende des Betriebs der beiden Schwimmhallen zu kündigen bzw. auf das Hallenbad zu übertragen.
3. Die notwendigen Mittel zur Abdeckung des aus dem Betrieb des Hallenbades entstehenden jährlichen Defizits des Hallenbades werden in die kommenden Haushalte der Gemeinde eingestellt und dem Eigenbetrieb St. Leoner See im Einklang mit den bereits vom Gemeinderat gefassten Beschlüssen erstattet, um den Eigenbetrieb St. Leoner See finanziell handlungsfähig zu erhalten.
4. Das Betriebskonzept für das Hallenbad ist nach zwei Jahren zu überprüfen.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 11

Nachfolgenutzung Hallenbäder; Umnutzung des Schwimmbades St. Leon

Ausführungen und Beschluss: Ortsbaumeister Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. **Gemeinderat Theo Vetter** spricht sich für die vorgesehene Umnutzung der Schwimmhalle St. Leon aus. Er vermisst die Darstellung der notwendigen Kosten und fragt, ob diese mit den früher genannten Kosten in Höhe von rund 800.000 € plus Nebenkosten von 128.000 € identisch sein werden. Dies wird durch **Herrn Dietz** bestätigt. Er erinnert an die Aussage bei der Ortsbesichtigung hinsichtlich der Nebenkosten für den Verein und fragt, ob diese Kosten tatsächlich so hoch sein werden. Mit der Bitte, über eventuell sich ändernde Kosten zu informieren, stimmt er namens seiner Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Hauptamtsleiter Braun informiert, dass auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates im Jahre 1999 von den Vereinen keine Mietkosten für gemeindeeigene Räume erhoben werden. Allerdings sind Nebenkosten zu entrichten, die je qm Nutzungsfläche 3 € im Monat betragen. Diese können sich vermindern, wenn weitere Vereine die Räume nutzen.

Gemeinderat Rudi Heger verweist auf die beengten Verhältnisse in den derzeitigen Räumlichkeiten und erklärt, dass eine Erweiterung wegen des Zuspruchs unbedingt notwendig wird. Er erklärt, dass es nicht um einen, sondern um zwei Musikvereine gehe.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke erklärt, dass die im Haushaltsplan 2011 enthaltenen Planungen auch in diesem Fall angegangen werden, obwohl der Gemeinde zu geringe Mittel zur Verfügung stünden. Deswegen sei er der Meinung, dass die anstehenden Projekte nicht parallel, sondern nacheinander aufgelistet werden müssen und auf ihre Realisierungsmöglichkeiten zu prüfen sind.

Gemeinderat Gerhard Haffner stellt die Frage nach den vorgesehenen Maßen für die vorgesehenen Räume, die von Ortsbaumeister Dietz beantwortet wird. Er regt an, in den Beschlussvorschlag aufzunehmen, dass die Planung gemeinsam mit den Musikvereinen fortzuführen ist. Es wird aus dem Gemeinderat angeregt, da auch die Schulen zu berücksichtigen.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erinnert daran, dass der Bedarf bestehe, die Finanzierung in der Zukunft aber wackle. Er spricht die Vorlage zur Verbesserung der Buslinie 719 an und fordert ab sofort die Aufnahme ins Wortprotokoll gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Im Hinblick auf weitere kostenintensive vom Gemeinderat gewünschte Projekte, wie z. B. Bau des Jugendzentrums, Bibliothek, Sport- und Gymnastikhallen, Umgestaltung Ortsdurchfahrt Rot, Verlegung 110 kV-Leitung, Lärmschutz an der Autobahn sowie die Nachfolgenutzung der Schwimmbäder, haben wir eben grad behandelt und der erforderliche Ausbau der Ganztagesbetreuung an den Schulen, schlägt die Verwaltung eine Bürgerbefragung mit Priorisierung der genannten Projekte vor. Also das zeigt doch, dass Sie hier offensichtlich nicht mündlich voll informieren. Dass wir hier beraten und anschließend gucken wir uns an und fragen uns, ja wo sollen wir das Geld hernehmen. Denn wir haben, das hat die Haushaltsberatung 2011 und der Haushalt gezeigt, wir haben keine sogenannten freien Rücklagen mehr. Wir haben Rücklagen, die zweckgebunden sind, und wenn wir hier bauen, das können wir alles machen, nur um den Preis einer Fremdverschuldung. Und deswegen schlagen wir vor, man kann hier über alles reden. Nur nicht, dass wir heute entscheiden für Maßnahmen, die für 2012 dann verbindlich sind. Und deswegen schlagen wir vor, das Ganze zu vertagen in den Haushalt 2012. Dankeschön!

Gemeinderätin Andrea Heim erinnert an die Bedenken ihrer Fraktion wegen der Anzahl der geplanten Vorhaben. Angefangene Projekte und Pflichtaufgaben der Gemeinde sollten erledigt werden. Auch sie findet eine Befragung der Bürger für die Rangfolge der Projekte durchaus denkbar.

Gemeinderat Rudi Heger findet es unfair, dass das Thema Bürgerbefragung bei der Buslinie 719 nicht ange-

sprochen wurde. Vielmehr habe man sich die Projekte herausgepickt, die einem nicht passen und dann das Thema angesprochen.

Gemeinderat Albert Weinlein unterstützt die Aussage von Gemeinderat Rudi Heger und erinnert an die schlechten Gegebenheiten im Proberaum der Musikkapelle. Er meint, dass die finanzielle Situation der Gemeinde nicht so schlecht wie dargestellt sein könne, wenn sie in der Lage sei, kostengünstige Darlehen aus der Rücklage an die Eigenbetriebe zu geben. Diese Darlehen könnten auch auf dem Kapitalmarkt besorgt werden. Daraus resultiere, dass die finanzielle Situation der Gemeinde nicht so dramatisch schlecht sei, wie sie dargestellt werde. Für ihn sei es nicht denkbar, mitten in den vorgenommenen Maßnahmen aufzuhören.

Gemeinderat Karl Ittensohn spricht sich gegen die Wiederholung der immer gleichen Diskussion aus und beantragt, die Abstimmung durchzuführen.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt den Antrag auf Ende der Diskussion zur Abstimmung. **Der Antrag wird vom Gemeinderat mehrheitlich angenommen.**

Anschließend stellt Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde den Verwaltungsvorschlag mit der gewünschten Ergänzung zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst mit 15 Ja-Stimmen, bei 3 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Nutzungsänderung des Hallenbades St. Leon auf Grund der vorgelegten Entwurfsskizze nach der Inbetriebnahme des neuen Hallenbades und beauftragt die Verwaltung zur Fortschreibung der Planung unter der Maßgabe, dass die beiden Musikvereine und die Schule nach deren Bedürfnissen befragt werden und es zu einer Ausarbeitung der Genehmigungsplanung und Baueingabe sowie Vorbereitung der Vergabe kommt.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 12

Nachfolgenutzung Hallenbad Rot; Abbruch des Hallenbades in Rot

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Frau Anette Reich ergänzt diese Ausführungen mit denen zur Kinderbetreuung laut Vorlage. Sie weist dabei darauf hin, dass die neue Hortgruppe, die übergangsweise für ein Jahr in der Parkringschule untergebracht werde, zum 22. August 2011 starten muss.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Siegfried Köck** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen:

Ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll. Ich möchte das jetzt vorlesen. Noch mal zur Erinnerung. Die Fraktion der Freien Wähler hat dem Haushalt 2011 nur zugestimmt, damit die für uns wichtigen Pflichtaufgaben der Kernzeit und Schülerbetreuung an der Mönchsberg- und an der Werkrealschule entsprechend dem Bedarfsplan umgesetzt werden können. Die Verwaltung hatte uns in der Vergangenheit eine Lösungsvariante vorgestellt, die für uns und für Sie, meine Damen und Herren, Grundlage der weiteren Planungen sein sollte. Sowie der Tagesordnungspunkt davor, das Konzept ist ausgereift von Herrn Dietz vorgestellt worden. Wir müssen jedoch feststellen, dass die jetzt vorgelegte Lösung, dass wir die als eine Hauruckaktion betrachten, die wir leider nicht mittragen können. Die vorgelegte Variante ist die gleiche Vorgehensweise wie die Lösung mit den Containern der Kernzeitbetreuung. Hier finden wir die ursprünglich geplante Variante nicht mehr, meine Damen und Herren, die Lösung ist theoretisch ausbaufähig, aber nicht praxisorientiert. Wir möchten eine sinnvolle und bedarfsorientierte Lösung, die ausbaufähig und auf die Bedürfnisse der Schulen zugeschnitten ist. Positiv bewerten wir die Integration der Kernzeitbetreuung in dem neuen Gebäude. Es wird nach mehr als zehn Jahren endlich Zeit, dass die Kinder der Kernzeitbetreuung aus den Containern herauskommen. Wir werden und es ist ernst gemeint, das Provisorium nicht mehr länger mittragen. Wie Sie wissen, haben die Verwaltung und der Gemeinderat dem Träger der Kleinen Strolche Räumlichkeiten für den Schülerhortausbau zugesichert. Diese Umsetzung muss in unseren Augen schnell gehen, da bereits in diesem Jahr Plätze, wie Frau Reich ausgeführt hat, benötigt werden. Im Kindergartenkuratorium wurde die Übergangslösung mit der Unterbringung in den Räumen der Parkringschule bereits beschlossen. Wir fragen uns, welche Gründe liegen hier vor, damit dies nicht umgesetzt wird? Wir reden hier von einer Übergangslösung von einem Jahr und das ist zu favorisieren. Wir hatten bereits im Jahre 2005 als Fraktion der Freien Wähler den Antrag gestellt, dass der Schulhofbereich klar vom offenen Bereich abgegrenzt und mit einem Zaun versehen wird. Die Eingänge und das Foyer möchten wir auf die andere Seite in Richtung Feuerwehrhaus an der Tullastraße, beziehungsweise zwischen Kindergarten St. Elisabeth und der Sporthalle, realisiert sehen. Wir möchten auch im Vorbereich, wo jetzt die Fahrräder der Schüler stehen, aus Gründen der Verkehrssicherheit keine Parkplätze haben. Wir möchten das in der Vergangenheit vorgestellte Konzept, Herr Dietz, mit einem Multifunktionsraum fortführen. Eine Abgrenzung für die Kletterwand muss aus unserer Sicht mit eingeplant werden. Das Gebäude soll zweigeschossig und das Dach der Sporthalle soll damit angeglichen werden. Wir fragen uns auch, werte Kolleginnen und Kollegen, was ist mit einer möglichen Mensa, wie wir es besprochen haben, für die Schule und die Hort- bzw. Kernzeitbetreuung. Es gibt zwar Planungen, dass ein Atrium in der Schule zu einer Mensa umgebaut werden soll. Aber uns ist allen klar hier im Rat, das dies viel zu klein ist, es muss für 400, über 400 Schüler ausreichen. Es ist mal wieder wie so oft bei uns in der Gemeinde. Wir planen etwas, ohne die Nutzer zu befragen. Wir wollen das Votum der Schulleitung, der Kernzeitbetreuung und der

Hortbetreuer mit in die Entscheidung einbeziehen. Daher bitten wir Sie, Frau Runde, hier ein überarbeitetes Konzept auf der bisherigen Basis auszuarbeiten und vorzulegen. Wir stellen daher den Antrag auch als Erweiterung den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

1. Der Gemeinderat beschließt den Abbruch des Hallenbades Rot.
2. Der Gemeinderat gibt der Verwaltung den Auftrag, die Übergangslösung des Schülerhortes in der Parkingschule für ein Jahr durchzuführen, aber nicht länger.
3. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die alte, ursprüngliche Planung, wie wir sie gesehen haben, der Nachfolgenutzung der Schwimmhalle weiter auszuarbeiten und zu verfeinern.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit und ihre Geduld!

Gemeinderat Dr. Paul Hanke erklärt, dass sich seine Fraktion nicht für ein erneutes Provisorium in Form einer „Komfortbaracke“ aussprechen wolle. Sie fordere vielmehr eine genauso detailliert ausgearbeitete Planung wie für St. Leon vorgesehen ist. Hinsichtlich der Finanzierung sei an die Äußerungen aus seiner Fraktion am heutigen Abend zu erinnern. Wenn es sich zeige, dass die Maßnahmen finanziert sind, können sie umgesetzt werden.

Gemeinderat Albert Weinlein spricht sich in seiner Stellungnahme dafür aus, in dem vorgesehenen Gebäude multifunktional die Kinderbetreuung und schulische Belange unterzubringen, wobei er auch an die Ganztageschule denkt. Ebenfalls sei eine gemeinsame Mensa zu realisieren.

Gemeinderätin Andrea Heim wünscht die Beteiligung der Betroffenen bei der Planung und erklärt, dass für sie fraglich ist, ob die Modularbauweise sinnvoll ist.

Gemeinderat Roland Hecker sieht den Abbruch des Hallenbades Rot als sinnvoll an und fasst zusammen, dass die Planung für den Schülerhort, die Kernzeitbetreuung und die Kleinkindbetreuung zusammengefasst werden soll. Auch die temporäre Unterbringung des Schülerhortes für 12 Monate in der Parkingschule sei sinnvoll. Er sei der Meinung, dass die Beschlusspunkte entsprechend diesen drei Punkten gegliedert werden sollten.

Gemeinderat Benjamin Speckert spricht sich für die massive Bauweise aus, weil diese Bauweise auf Grund der Erfahrung Gewähr dafür biete, Umbauten und Anbauten vornehmen zu können.

Gemeinderat Gerhard Haffner informiert, dass das Kinderhaus der SAP im Gewerbepark in Modularbauweise errichtet wurde. Er regt an, sich das Gebäude anzusehen, um zu sehen, dass es durchaus akzeptabel ist. Für die Modularbauweise spreche, dass ein Gebäude schnell erstellt werden könne.

Gemeinderat Siegfried Köck geht auf die Ausführungen von Gemeinderat Weinlein ein. Er erinnert daran, dass beim Sportstättenentwicklungsplan die Parkingschule einbezogen war. Damals wurde geäußert, dass die Schule einen Mehrzweckraum benötige, um ausweichen zu können. Der sollte bei der Planung eingeschlossen werden. Man sollte den Planer fragen, der bereits dem Gemeinderat ein Konzept in Massivbauweise vorgestellt habe.

Ortsbaumeister Dietz erinnert daran, dass die frühere massive Planung von einem geringeren Raumbedarf ausgegangen ist. Bei der neuen Planung müsste auch von dem engen Zeitrahmen ausgegangen werden, weshalb die Modulbauweise vorgeschlagen wurde. Wegen des Zeitmangels sei auch kein fundiertes Raumprogramm geplant, sondern nur eine entsprechende Aufstellung beigefügt worden.

Gemeinderat Albert Weinlein ist der Meinung, dass man sich nicht über die Bauweise unterhalten sollte, wenn noch nicht feststehe, was genau gebaut werden soll. Er erinnert nochmals daran, dass die Ganztageschule wichtig werde, aber im vorgesehenen Konzept nicht enthalten ist. Bei der vorgesehenen Vergabe der Planung müsste die Ganztageschule aber enthalten sein, genauso wie die zentrale Mensa.

Hauptamtsleiter Braun führt aus, dass das bereits vorgelegte, durch die Einführung der Werkrealschule verzögerte Konzept für die Ganztageschule vorgesehen habe, diese in einem Anbau an das vorhandene Gebäude der Parkingschule zu realisieren. Wenn eine zentrale Mensa vorgesehen ist, könne man die bei der vorgesehenen Planung mit aufnehmen, sie brauche nicht im Gebäude der Parkingschule realisiert werden. Für ihn sei klar, dass die neue Landesregierung die Ganztageschule wohl in absehbarer Zeit vorschreiben wird.

Gemeinderat Walter Götzmann spricht den Inhalt der Planung für die Kinderbetreuung an, weil er erfahren habe, dass für Regelgruppen künftig kein Bedarf mehr sei.

Frau Anette Reich weist darauf hin, dass der Bedarf an Regelgruppen zurückgeht, diese allerdings durch andere Gruppen mit besonderen Betreuungsformen ersetzt werden. Die Zahl der Gruppen und die dafür benötigten Räume gehen dadurch nicht zurück.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde erinnert daran, dass es nicht um den Kleinkinderbereich gehe, weshalb man angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf das eigentliche Thema zurückgehen sollte. Eingehend auf die Ausführungen von Gemeinderat Albert Weinlein erinnert **Gemeinderat Karl Ittensohn** daran, dass seine Fraktion im Prinzip auch wolle, dass die betroffenen Nutzer einbezogen werden. Deshalb soll der von der Schule gewünschte Multifunktionsraum in der Planung untergebracht werden. Auch die kommende Ganztageschule solle in die Planung einbezogen werden und ausreichend Platz erhalten. Er erinnert an den Beschlussvorschlag seiner Fraktion und bittet darum, diesen bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Gemeinderat Albert Weinlein geht davon aus, dass die Ganztageschule nicht direkt in die Planung einbezogen werden muss, weil sie räumlich anderweitig realisiert werden soll. Die Mensa könne so platziert werden, dass sie von allen Bereichen genutzt werden kann.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde schlägt dem Gemeinderat folgende Beschlusspunkte zur

Abstimmung vor:

1. Der Gemeinderat beschließt den Abbruch des Hallenbades Rot nach der Inbetriebnahme des neuen Hallenbades und beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung und der darauffolgenden Ausführung der Abbrucharbeiten
2. Die Verwaltung richtet in der Parkringschule den Schülerhort ein, der für ein Jahr dort integriert sein soll.
3. Die alte Planung unter Berücksichtigung massiver Bauweise ist unter Einbeziehung des neuen Raumprogramms fortzuführen.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt den Beschlusspunkt 3 als weitestgehenden Antrag zur Abstimmung.

Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlusspunkt mit 10 Ja-Stimmen, bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, ab.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt den Beschlusspunkt 1, wie bereits formuliert, zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Abbruch des Hallenbades Rot nach der Inbetriebnahme des neuen Hallenbades und beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung und der darauffolgenden Ausführung der Abbrucharbeiten.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde schlägt als zweiten Beschlusspunkt folgende Formulierung vor:

Wer ist dafür, dass der Schülerhort für ein Jahr in der Parkringschule integriert wird?

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 21 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung, zu.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt als dritten Beschlusspunkt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Fortführung der alten Planung unter Berücksichtigung des vorgeschlagenen Raumprogramms.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Gemeinderat Rudi Heger stellt für seine Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung zu beenden.

Gemeinderat Karl Ittensohn bezeichnet es als wenig bürgerfreundlich, wenn die Sitzung beendet werde, ohne dass der Tagesordnungspunkt behandelt wird, für den viele Bürger die Sitzung besucht haben. Deshalb sollte Tagesordnungspunkt 15 noch behandelt werden.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde weist darauf hin, dass auch die Tagesordnungspunkte 13 und 14 noch behandelt werden sollten.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt den Antrag der FDP-Fraktion auf Ende der Sitzung zur Abstimmung.

Der Gemeinderat lehnt den Antrag auf Ende der Sitzung mit 12 Gegenstimmen, bei 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, ab.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 13

Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR)

- Festlegung des Umstellungszeitpunktes

Ausführungen und Beschluss:

Kämmereileiter Zorn hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Für ihre Fraktionen sprechen sich die **Gemeinderäte Ferdinand Speckert, Albert Weinlein und Roland Hecker** dafür aus, das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen zum vorgeschlagenen Zeitpunkt einzuführen. Sie sprechen sich dagegen aus, für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 einen Doppelhaushalt zu erstellen. Dies wird seitens **Gemeinderat Ferdinand Speckert** mit der prekären Finanzsituation der Gemeinde begründet.

Gemeinderat Gerhard Haffner fragt, wie lange nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates eine Sitzung gehen dürfe.

Nach teils emotionaler Diskussion erinnert **Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde** daran, dass kaum eine Gemeinderatssitzung um 22.00 Uhr beendet wurde. Sie werde dies zur Abstimmung stellen. Sie erinnert daran, dass der Gemeinderat entschieden habe, die Sitzung fortzuführen.

Nach nochmaligem Hinweis von **Gemeinderat Gerhard Haffner** auf die Geschäftsordnung wird informiert, dass der Zeitpunkt des Endes der Sitzung nicht in der Geschäftsordnung festgelegt ist.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde schlägt vor, eine kurze Pause einzulegen. Sie bittet darum, nicht heute vom üblichen Verfahren abzuweichen, wenn eine ehrenamtliche Stellvertreterin des Bürgermeisters die Sitzungsleitung innehat.

Der Gemeinderat unterbricht die Sitzung um 22.10 Uhr für eine fünfminütige Pause.

Die Sitzung wird um 22.15 Uhr fortgesetzt.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt die Beschlussvorschläge aus der Gemeinderatsvorlage zur Sitzung am 25.01.2011 zur Abstimmung:

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. **Die Gemeinde führt ab dem 01.01.2014 die Bücher des Kernhaushaltes in der Form der doppelten Buchführung (kommunale Doppik) Der Gemeinderat lehnt den folgenden Beschlusspunkt mit 12**

Gegenstimmen, bei 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, ab.

2. Der Haushaltsplan wird für die beiden letzten Jahre vor der Einführung der kommunalen Doppik (2012 und 2013) als Doppelhaushalt aufgestellt.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 14

Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften „Kronau-West“ der Gemeinde Kronau: Beteiligung der Gemeinde St. Leon-Rot im Rahmen der frühzeitigen Fachbehördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Aufstellung des Bebauungsplanes „Kronau-West“ zur Kenntnis.

Im Rahmen der Anhörung als Träger öffentlicher Belange bringt die Gemeinde St. Leon-Rot keine Anregungen vor.

Sitzung am: Dienstag, 29. März 2011 Nr. 3 Ö

Tagesordnungspunkt: 15

110 kV-Leitung Rheinau-Östringen der EnBW AG auf Gemarkung Rot
- Grundsatzentscheidung zur Änderung der Trassenführung

Ausführungen und Beschluss:

Kämmereileiter Zorn hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Karl Ittensohn** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlaut ins Protokoll aufgenommen: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Runde! Ich bitte um Aufnahme ins Wortprotokoll. Wir waren überrascht, dass bereits heute die Grundsatzentscheidung im Rat fallen soll. Bei den Haushaltsberatungen hatten wir den Antrag gestellt, eine Planungsrate und eine Investitionssumme in den Haushalt mit ein zu stellen. Eingestellt wurde damals leider nur die Planungsrate. Ich möchte mich versuchen kurz zu fassen. Die Fraktion der Freien Wähler vertreten hier eine ganz klare Meinung, ganz klare Linie und sind einstimmig für die Verlegung der 110 kV-Trasse mit folgender Begründung und Forderungen. Aus städtebaulicher Sicht muss die Verlegung realisiert werden, da es keine andere Entwicklung der Gemeinde St. Leon-Rot in südöstlicher Richtung gibt. Wir müssen den Elektrosmog vor der jetzigen Bebauung wegbringen. Die Gemeinde kann durch die Verlegung der 110 kV-Leitung Baugrundstücke verkaufen und kann somit ca. die Hälfte der Kosten wieder refinanzieren. Wir, die Gemeinde St. Leon-Rot, erhalten jedes Jahr vom Netzbetreiber die Konzessionsabgabe in einem sechsstelligen Eurobetrag. Wir können die Restkosten mit der Konzessionsabgabe mit Sicherheit bestreiten, wenn wir wollen. Bei einer möglichen weiteren Baulandumlegung kann die Gemeinde eventuell einige Grundstücke, die in der Nähe der 110 kV-Leitung liegen, zu Bauland umlegen lassen. Wir wissen nicht, wie viel Grundstücke die Gemeinde in diesem Bereich hat oder existieren überhaupt keine Ackergrundstücke, die dann bei einer möglichen Verlegung als Bauland besser ausgenutzt werden könnten. Wir werden und wollen die jetzigen Hauseigentümer nicht noch mehr belasten, denn in diesem Baugebiet wurde in der Vergangenheit bereits erschlossene Grundstücke die wurden ganz normal mit dem Abzug belegt oder wurde ein Abzug gemacht. Und Teile dieses Abzuges, sprich Spielplatz sind eigentlich damals oder später dann anderweitig benutzt worden. Deshalb möchten wir hier keine weitere Belastung der Leute, die dort in diesem Gebiet wohnen. Wir sind im Moment eigentlich auch nicht bereit, die Ackergrundstücke, die dann später erschlossen werden sollten, vor zu belasten mit möglichen Umlegungskosten. Zurzeit haben wir eine offene Flurneueordnung und können so die notwendigen Flächen für die Verlegung herbeiziehen. In diesem Zusammenhang sollte die Trassenführung noch einmal mit der ENBW abgestimmt werden. Wir können, was der Herr Zorn schon angesprochen hatte, uns eine Verlegung der Masten in südlicher Richtung, vorbei am Wagnersee direkt in den Wald, vorstellen, aber wir wissen nicht, ob dies umsetzbar ist, da wir in Bereiche kommen, wo wir Flächen und Gelände brauchen, auf die wir im Moment keinen Zugriff haben. Wir stellen von Seiten der Fraktion der Freien Wähler Erweiterung oder zur Abstimmung folgende drei Punkte: 1. Wir stellen den Antrag zur Verlegung der 110 kV-Leitung. Die ENBW erhält den Auftrag zur Planung und zur Kostenermittlung der Trassenverlegung. 2. Dem Austausch der Masten 207-212 stimmen wir zurzeit noch nicht zu. Wir können bereits heute signalisieren wenn heute eine Verlegung oder eine mögliche Verlegung der Trassenführung entschieden, positiv beschieden wird, können wir bereits heute zustimmen, wenn die Trasse feststeht, werden wir auch der Erneuerung der notwendigen Masten zustimmen zu einem späteren Zeitpunkt. Die Kosten für die Verlegung der Leitungstrasse werden durch die dann möglichen Grundstücksverkäufe und den Anteil der Konzessionsabgabe finanziert werden. Wir bitten um Unterstützung unserer drei Anträge und hoffen, dass wir die 110 kV-Leitung verlegen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld!

Der Redebeitrag von **Gemeinderat Ferdinand Speckert** wird gemäß § 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats im Wortlauf ins Protokoll aufgenommen:

Frau Runde, bitte Aufnahme ins Wortprotokoll. Wir stimmen vollinhaltlich den Vorschlägen der Freien Wähler zu. Wir bitten um ergänzende Prüfung einer weiteren Trassenführung, die schon einmal im Rahmen der Beratungen hier vorgestellt wurde, aber heute Abend nicht erkennbar ist unter der Maßgabe einer Kostenneutralität. Unser Ansatzpunkt geht bei dem Masten 208, dass wir hier diagonal zum Industriegebiet

hochgehen und wir werden das zum Verständnis hier, wir haben es bereits kopiert, wenn man das jedem einzelnen Kollegen durchgeben. Das bitten wir ganz konkret zur Prüfung zur heutigen vorgestellten neuen Trassenführung. Das würde bedeuten, dass wir hier unter Nutzung der Flächenneuordnung, Flurneuordnung, dass wir hier die Trasse weiter raus vom bisherigen Ansatzpunkt haben wollen. Wenn es machbar ist, würden wir es sehr begrüßen. Aber ansonsten sind wir inhaltlich voll bei dem Antrag von den Kollegen der Freien Wähler formulierten Vorschläge.

Gemeinderat Roland Hecker erklärt für seine Fraktion die Unterstützung zur Verlegung der 110 kV-Trasse, weil nur dadurch die Entwicklung im Bereich des Ortsteils Rot gewährleistet werden könne. Bei der Betrachtung der Kosten gelte es für seine Fraktion, Vergleichbarkeit mit anderen Baugebieten herzustellen. Wenn die Gemeinde die gesamten Kosten für die Verlegung der Trasse übernehme, werde der Weg der Gleichbehandlung verlassen. Für Flächen, die im Flächennutzungsplan 2020 enthalten sind, sollte die Kostenumlegung dinglich im Grundbuch gesichert werden. Dadurch würden Grundstückseigentümer, deren Gelände später einmal Baugelände werden könne, durch die dingliche Sicherung hinsichtlich der Erschließungskosten mit solchen in anderen Baugebieten gleichbehandelt. Die Gemeinde trete in Vorlage und gewähre dies den Grundstückseigentümern zinslos. Damit werde die Gerechtigkeit und Vergleichbarkeit gewährleistet. Anders sehe es seine Fraktion im Baugebiet „Erlengrund“, das 1970/1971 umgelegt wurde. Bei der Umlegung erfolgte ein pauschaler Flächenabzug von 30%. Werde man diese Umlegung heute betrachten, würden für die Trasse Freihaltezonen eingerichtet. Die Kosten für die Trassenumlegung wären umlagepflichtig mit der Folge, dass sie bei der Gemeinde verblieben, die diese durch Erlöse aus Grundstücksverkäufen refinanzieren könne. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass die Kosten zum Teil auf die in der Flächennutzungsplanung vorgesehenen Bauerschließungen umzulegen sind, für die jetzige Trasse gelte, dass die Kosten insgesamt umgelegt werden sollen und nur zum Teil auf die Flächen der individuell Begünstigten. Nach seiner überschlägigen Berechnung würde dies bedeuten, dass bei einer Grundstücksfläche von 500 qm eine Beteiligung von unter 4.000 € anstehe. Damit werde erreicht, dass die betroffenen Grundstückseigentümer so gestellt werden, als wären die Kosten für die Trassenumlegung bereits bei der Erstellung des Bebauungsplanes 1970/1971 entstanden.

Gemeinderat Karl Ittensohn widerspricht den Aussagen von Gemeinderat Roland Hecker mit der Feststellung, dass ihrer Meinung nach das Baugebiet „Erlengrund“ nicht nachträglich für die Kosten der Trassenverlegung belastet werden könne. Er argumentiert mit dem Vergleich des Schallschutzes an der Autobahn bzw. mit der Reduktion des Verkehrs in der Hauptstraße. Sollten dort auch die Leute mit den Kosten belastet werden..... Es sei moralisch nicht zu vertreten, die Leute nach 40 Jahren mit den Kosten für die Trassenverlegung zu belasten. Dies gelte auch bei dem errechneten geringen Betrag. Es sei die städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen, die der Gemeinde in Zukunft auch Vorteile bringen werde. Als Finanzierungsmöglichkeit sehe seine Fraktion die künftigen Grundstücke im Erweiterungsbereich der Bebauung bzw. in der laufend eingehenden Konzessionsabgabe. Er erinnert an die Beschlussanträge seiner Fraktion und erklärt, dass seine Fraktion bereits abstimmen könne.

Gemeinderat Gerhard Haffner erinnert an die fortgeschrittene Zeit. Er erklärt, dass seine Fraktion keine Not habe, die Trasse jetzt zu verändern. Die von der EnBW genannten betroffenen Masten müssten auf Grund ihres Alters in voraussichtlich 25-30 Jahren umgelegt werden. Er bezeichnet den Verlegungsvorschlag Variante Rot (Masten 219-212a) als keine Lösung, weil die neue Trassenführung nicht weit genug vom Ort erfolge. Der nächste Mast dürfte maximal 500 m vom Ort entfernt sein. Dies sei für seine Fraktion keine Lösung. Hinsichtlich der Kostenbeteiligung erinnert er an den Erdwall, bei dem die Betroffenen auch mit 50 % beteiligt sind, wie bei den Grünanlagen im Baugebiet St. Leon, die von den Anwohnern voll bezahlt wurden. Seiner Fraktion gehe es dabei um die Frage der Gerechtigkeit. Er erinnert daran, dass Auskünfte der Verwaltung, wonach Eigentümer früher Kostenvorteile gehabt hätten, nicht zutreffen. Es sei nicht einzusehen, wenn die Leute, die den vollen Preis bezahlt haben, heute an den Kosten beteiligt werden sollen. Er weist darauf hin, dass bei einem vergleichbaren Fall im Baugebiet St. Leon der Eigentümer des Grundstücks die Trassenverlegung über den Mehrpreis für den Bauplatz abgegolten habe. Er geht noch einmal auf die Trassenverlegung ein und erklärt, dass nach einem Zuwarten es möglich werde, eine direkte Trasse zwischen dem Masten 2012 bis zum Masten 2022 zu führen und damit weiter vom bebauten Gebiet abzurücken. Er sehe für die Zukunft auch keine Möglichkeit, ein Baugebiet zu erschließen, weil in St. Leon-Rot viele Häuser und Bauplätze zum Verkauf stehen.

Gemeinderat Roland Hecker ist der Meinung, dass die Verlegung der Trasse angestrebt und Verhandlungen mit der EnBW als erster Schritt aufgenommen werden sollten. Er könne dem Kollegen Haffner hinsichtlich der Entstehung von Bauplätzen zustimmen, weil sehr viele Bauplätze zum Verkauf ausstehen. Er kritisiert den Standpunkt der Freien Wähler unter dem Gesichtspunkt des Ausgleiches, der fairen und gerechten Behandlung der unter dem Gesichtspunkt zu betrachten ist, wie in der Vergangenheit gehandelt wurde. Er bezieht sich dabei auf die Frage des Grünstreifens im Baugebiet „Reilinger Straße links“ und „Rosenstraße/Tränkweg“. Er bezeichnet die Beispiele Lärmschutzwall und Umgebungsstraße als weit hergeholt und nicht anwendbar. Seiner Meinung nach erfordere die städtebauliche Entwicklung des Ortsteiles Rot die Verlegung der Trasse, dabei allerdings auch die Konzessionsabgabe zur Finanzierung heranzuziehen als kritisch.

In seiner Antwort weist **Gemeinderat Karl Ittensohn** die Aussage zurück, er habe die Anwohner der Hauptstraße mit Kosten für eine Lärmschutzmaßnahme belasten wollen. Auch der Vergleich mit den Grünstreifen in

Baugebieten hinke deswegen, weil diese Anforderungen in den früheren Umlegungen nicht gegeben waren. Als Vorschlag, die zu einer Entscheidung führen sollen, schlägt Gemeinderat Ittensohn vor, einen Teil der Kosten für das künftige Baugebiet von der Gemeinde zu übernehmen. Für ihn sei wichtig, die Verlegung der Trasse kurz-mittelfristig zu erreichen. Bei der Trassenführung könne er Gemeinderat Haffner zustimmen, hier müsse man über die präzise Führung der Trasse noch einmal diskutieren. Auch der Vorschlag der CDU Rot/Junge Liste sei mit einzubeziehen.

Kämmereileiter Zorn weist hinsichtlich der Trassen darauf hin, dass der Vorschlag der CDU Rot/Junge Liste sich im Bereich der Erweiterung des Gewerbeparks bewege, was dazu führe, dass sie dort künftig auch im Weg sein kann. Deshalb habe die Verwaltung vorgeschlagen, die Trasse genau zwischen die mögliche Erweiterung der Wohnbebauung und die Erweiterung des Gewerbeparks, nahe dem Wasserwerk zu legen.

Gemeinderat Roman Heger verweist auf die von den Anwohnern geschriebenen Briefe, die Behauptungen enthielten, die zunächst einmal erst von der Verwaltung verifiziert werden müssten. Die Refinanzierung sei nicht gesichert, weil Mittel eingerechnet werden, die auf künftigen eventuell nicht realisierten Bebauungsplänen resultieren. Die für 6 Einheiten aufgewendeten rund 600.000 € stellen eine freiwillige Leistung der Gemeinde dar, weswegen keine Aussagen von Kollegen getroffen werden, hier zu sparen. Es werden immer nur andere Projekte angemahnt. Er erinnert weiter an die Aussagen von Gemeinderat Haffner, dass hinsichtlich der zu verlegenden Masten auch noch gewartet werden könne. Abschließend moniert er, dass der Tagesordnungspunkt trotz der fortgeschrittenen Zeit noch behandelt und entschieden werden soll. Es sei auch nicht zu verstehen, dass solch ein wichtiger Punkt erst auf Punkt 15 der Tagesordnung gesetzt wurde.

Nach Aufforderung von **Bürgermeister-Stellvertreterin Runde** informiert **Kämmereileiter Zorn**, dass rund die Hälfte der anstehenden Kosten durch den Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken abgedeckt werden können. Er stellt dar, wie die Verwaltung auf die in der Vorlage genannten Verkaufspreise gekommen ist, die auf einem Quadratmeterpreis von 300 € beruhen.

Gemeinderat Roland Hecker unterbricht die Ausführungen und erklärt, dass er die vorgetragenen Zahlen als unsolide erachte. Er moniert, dass der Gemeinderat nach 23 Uhr in einer solch wichtigen Angelegenheit eine Entscheidung treffen soll.

Kämmereileiter Zorn verweist darauf, dass die vorgetragenen Zahlen in der Verwaltungsvorlage enthalten sind. Er verweist darauf, dass er für die Platzierung des Tagesordnungspunktes auf der Tagesordnung nichts könne.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde erklärt, dass keiner der Anwesenden die Reihenfolge der Tagesordnung zu vertreten habe. Der Gemeinderat habe auch die Möglichkeit gehabt, zu diesem Tagesordnungspunkt einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen und eine Änderung herbeizuführen. Dieses sei aber nicht geschehen. Sie erklärt, dass die Verwaltung die Beschlussvorschläge, über die abgestimmt werden solle, formulieren werde.

Gemeinderat Ferdinand Speckert stellt den Antrag, abzustimmen.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde fordert Kämmereileiter Zorn auf, den Beschlussvorschlag zu formulieren.

Kämmereileiter Zorn formuliert wie folgt:

Ob der Gemeinderat grundsätzlich der Verlegung der Leitung weg vom Ort zustimmt.

Er stellt dies als Grundsatzentscheidung dar, die bei einem Bejahen weitere Beschlüsse nach sich ziehe. Er führt dazu aus, dass nach der Grundsatzentscheidung der Auftrag an die EnBW zu erteilen ist, eine Vorplanung zur Erstellung konkreter Kosten zu ermitteln. Dann müsse der EnBW noch gesagt werden, welche Trassen zu überprüfen sind.

Bei der Refinanzierung gehe es darum, ob die Bauplätze verkauft werden können.

Weiter wäre abzustimmen, ob eine Wertabschöpfung im Baugebiet Rot-Süd stattfinden soll. Und außerdem die Frage, ob das Gebiet Birkenweg in irgendeiner Form beteiligt werden soll. Abschließend sei der EnBW noch mitzuteilen, ob sie die Masten jetzt schon austauschen kann oder noch zuwarten müsse.

Gemeinderat Roland Hecker formuliert für seine Fraktion, dass sie sich nicht in der Lage sehe, wegen der fortgeschrittenen Zeit über die vorgetragenen Beschlusspunkte zu entscheiden. Weil auch die Überlegungen der Gemeindeverwaltung nicht abgeschlossen sind, sei eine Zustimmung nicht möglich.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde interpretiert die Wortmeldung von Gemeinderat Roland Hecker so, dass dies als weitergehender Antrag anzusehen ist, über die Angelegenheit heute Abend nicht abzustimmen, sondern über die gesamte Angelegenheit nochmals die Finanzierung neu darzustellen. Es folgt eine Diskussion, die ohne Wortmeldungen ungeordnet durcheinander geht.

Gemeinderat Siegfried Köck befürchtet, dass die Flurneuordnung geschlossen werden könne, bevor eine Verlegung der Trasse erfolgt ist, weil heute nicht abgestimmt werde. Dies sei vor allem deswegen nicht verständlich, weil jeder signalisiert habe, dass die Trasse verlegt werden soll. Dies sei eine Grundsatzentscheidung und auch die Finanzierung sei geklärt. Alles Weitere könne später entschieden werden.

Gemeinderat Gerhard Haffner schlägt vor, nur darüber zu entscheiden, ob die Trasse verlegt wird. Alles andere könne später entschieden werden.

Dieser Vorschlag führt erneut zu nichtgeordneten Diskussionen im Rat, in der daran erinnert wird, dass bereits der Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung gestellt wurde.

Daraufhin schließt **Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde** die Rednerliste und erklärt, dass nun die

Abstimmungen folgen werden.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde stellt die Grundsatzentscheidung, ob die Leitung verlegt werden soll, zur Abstimmung.

Im Laufe der Abstimmung kommt es wieder zu unkontrollierten Diskussionen, die **Bürgermeister-Stellvertreterin Runde** mit dem Hinweis unterbindet, dass der Gemeinderat die Sitzungsleitung unnötig erschwere.

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen sowie der Verweigerung der Abstimmung von 3 Gemeinderäten, die Verlegung der 110-kV Leitung.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde äußert kein Verständnis dafür, dass es Gemeinderäte gebe, die sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

Gemeinderat Albert Weinlein versucht das Verhalten der Kollegen mit dem Hinweis zu erklären, dass dies die persönliche Haltung des einzelnen Gemeinderates sei.

Nächster Beschlussvorschlag:

Auftrag an die EnBW zur Vorplanung und Ermittlung der Kosten.

Der Gemeinderat stimmt dem Auftrag an die EnBW mit 13 Ja-Stimmen, bei 9 Enthaltungen sowie 1 Abstimmungsverweigerung, zu.

Dritter Beschlussvorschlag:

Auftrag an die EnBW, alle Trassen zu prüfen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 13 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen und 3 Abstimmungsverweigerungen, zu.

Vierter Beschlusspunkt:

Refinanzierung durch den Verkauf der gemeindeeigenen Bauplätze.

Der Gemeinderat stimmt diesem Vorschlag mit 14 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen, zu.

Fünfter Beschlussvorschlag:

Vorteilsabschöpfung im künftigen Baugebiet Rot-See mit entsprechender dinglicher Absicherung.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag mit 7 Ja-Stimmen, bei 4 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen und einer Abstimmungsverweigerung, zu.

Sechster Beschlussvorschlag:

Kostenbeteiligung der Grundstückseigentümer im Bereich Birkenweg.

Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlussvorschlag mit 15 Gegenstimmen, bei 5 Enthaltungen und zwei Abstimmungsverweigerungen, ab.

Die Entscheidung über die Verlegung der Masten 207-211 wird als nicht erforderlich angesehen, weil die EnBW beauftragt wurde, alle Trassen zu prüfen.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde schließt die Sitzung.